

A8 Die Stadt gehört uns allen – gegen defensive Architektur und für ein diverses Stadtbild

Antragsteller*in: SB Rodenkirchen
Tagesordnungspunkt: TOP 8.2 Andere Anträge (Reihenfolge nach Priorisierung der Delegierten)

Weiterleitung an: Parteitag der K\"olnSPD, Ratsfraktion der K\"olnSPD

Antragstext

1 Jede*r kennt sie – unterteilte Bänke oder Bänke mit Löchern, Metallstifte unter
2 Brücken, elektronische Überwachungstechniken oder auch „Skaterschutz“ aus Metall
3 oder Hartgummi. Doch wozu dienen diese Maßnahmen?

4 Als Teil der so genannten defensiven Architektur zielen sie darauf ab, bestimmte
5 Personengruppen von öffentlichen Räumen fernzuhalten und aus diesen
6 auszugrenzen.

7 Auch in Köln sind viele dieser Maßnahmen aufzufinden. Seien es die extra
8 schmalen Bänke an der Severinstraße, die Scheinwerfer am Aachener Weiher oder
9 auch die vor ein paar Monaten angebrachte Eisenstange auf dem Mäuerchen
10 (Universität zu Köln). Gefordert werden sie unter anderem von aufgebrachten
11 Haus- und Grundbesitzer*innen und Geschäftsleuten in Bürgerinitiativen zum
12 Schutz der Kölner Innenstadt mit Unterstützung von Bundestagskandidat*innen von
13 den Freien Wählern im September vergangenen Jahres.

14 Die Idee, die dahintersteckt? Durch eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik
15 werden öffentliche Räume ausgehend von den Interessen gewinnorientierter
16 Unternehmen und sozioökonomisch privilegierter Bewohner*innen kommerzialisiert
17 und kommodifiziert. Das Motiv hinter dieser auf öffentliche Ordnung und
18 Sicherheit ausgerichteten Stadt- und Raumplanung ist ein von der privilegierten
19 "Mehrheitsgesellschaft" wahrgenommener Zuwachs an Kriminalität in Städten,
20 welcher ihrem Empfinden nach von den Marginalisierten und insbesondere
21 Obdachlosen ausgeht. Demzufolge müsse die Präsenz der Randgruppen mit
22 vermeintlich kriminellern Verhalten zum Schutze der "Mehrheitsgesellschaft"
23 verringert werden.

24 Doch dieser empfundene Zuwachs an Kriminalität in öffentlichen Räumen kann durch
25 polizeiliche Statistiken nicht belegt werden, ganz im Gegenteil ist die
26 Gesamtzahl an Straftaten in Deutschland seit Jahren rückläufig und wenn jemand
27 von Gewalt betroffen ist, sind das in vielen Fällen Obdachlose und ausgegrenzte
28 Menschen selbst. Sieht man sich jedoch genauer an, wen die Auswirkungen
29 defensiver Architektur am stärksten betreffen - nämlich alle vulnerablen
30 Gruppen, also z.B. auch ältere und behinderte Menschen, die genauso auf Plätze
31 zum Ausruhen und Verweilen im öffentlichen Raum angewiesen sind - wird deutlich,
32 dass hier vielmehr die Gesamtgesellschaft unter den Interessen Einzelner leidet.

33 Gerade auf Obdachlose haben diese Maßnahmen einen großen psychologischen und
34 physischen Effekt. Sie erschweren die ohnehin schwierigen Lebensumstände von
35 Obdachlosen Personen durch zusätzliche Stigmatisierung sowie Gefühle wie Scham
36 und Ausgegrenzt-Sein, aber sorgen auch dafür, dass diese in immer schwieriger
37 bewohnbare, unkomfortable Ecken der Stadt ziehen müssen, die ihren Zugang zu
38 Hygiene, Privatsphäre und einem Schlafplatz immer weiter erschweren. Unser Ziel
39 sollte es sein, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen und nicht die Obdachlosen.

40 Auch für Jugendliche sind die öffentlichen Räume oftmals erster Anlaufpunkt zum
41 Verweilen. Gerade sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche sind die, die am
42 meisten auf freien und zugänglichen öffentlichen Raum angewiesen sind. In Zeiten
43 der Corona-Pandemie wird dieses Bedürfnis zusätzlich verstärkt. Es müssen daher
44 eher mehr Räume für Jugendliche geschaffen und nicht Räume zerstört werden!
45 Indem man unerwünschte Bürger*innen von den öffentlichen Räumen fernhält,
46 unterstützt man lediglich die städtische Segregation, verschiebt die Problematik
47 und sorgt für eine oberflächliche Homogenisierung des Stadtbildes durch die
48 Verdrängung von Armut, sozialem Verfall und öffentlicher Unordnung.

49 Dies gefährdet jedoch das Wesen der Vielfalt im städtischen Umfeld und stellt in
50 Frage, ob der öffentliche Raum wirklich frei und demokratisch ist. Gerade die
51 Bedürfnisse der an den Rand gedrängten Menschen in unserer Gesellschaft müssen
52 bei der Stadtplanung eingehend berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum wird
53 entsprechend einer imaginierten, idealisierten "Öffentlichkeit" gestaltet, die
54 Angst vor Kriminalität hat, Obdachlosigkeit als unangenehm empfindet, sich durch
55 Betteln bedroht fühlt usw.

56 Es müssen nachhaltige Lösungen für zugrundeliegende soziale Probleme gefunden
57 werden, die nicht nur Symptome bekämpfen. Diese müssen im Sinne der
58 Stadtgemeinschaft konstruktiv gelöst werden, z. B. durch bessere Unterbringungs-
59 und Hygienemöglichkeiten sowie ein Minimum an niedrigschwelliger und leicht
60 zugänglicher gesundheitlicher Versorgung für Obdachlose. Positive Entwicklungen
61 im Raum Köln sind beispielsweise die mobilen Tiny Houses von "Little Home e.V."
62 und die Wohnungslosenhilfe "Housing First", die seit 2020 acht Menschen in ein
63 festes Mietverhältnis gebracht hat.

64 Das subjektive Gefühl von Unsicherheit und Unbehagen darf also auf keinen Fall
65 der geltende Maßstab für politisches Handeln sein, sondern das für alle Menschen
66 geltende Recht auf körperliche und psychische Unversehrtheit sowie das Recht
67 aller Menschen auf die Nutzung öffentlicher Räume. Außerdem müssen wir uns als
68 sozialistische Gemeinschaft jeglichen Entwicklungen der neoliberalen Stadt- und
69 Raumplanung entgegenstellen, die die Vorstellungen einzelner Privilegierter von
70 einem vermeintlich entkriminalisierten und ansprechenden Stadtbild über die
71 Menschenwürde marginalisierter Gruppen stellt.

72 Die Stadt gehört uns allen - es darf nicht zu einer "klassenbasierten
73 Raumordnung" im öffentlichen Raum kommen und **daher fordern wir:**

- 74 • Das Verbot des Einsatzes von defensiver Architektur und ihren Maßnahmen
75 durch die Stadt Köln, städtische Unternehmen sowie im öffentlichen Raum,
76 sofern dieser im städtischen Eigentum ist,
- 77 • die Positionierung des Rats gegen den Einsatz defensiver Architektur und
78 ihren Maßnahmen durch Private,
- 79 • bei neuen Bauprojekten dürfen keine abgeschotteten Viertel entstehen und
80 es muss allen Menschen der Aufenthalt erlaubt sein.

Begründung

Erfolgt mündlich.